

Anfragen zum Plenum

in der 22. Kalenderwoche

Verzeichnis der Fragenden mit Fragen (alphabetisch)
--

Klaus Adelt
(SPD)

Ich frage die Staatsregierung, welche Erträge und Aufwendungen wurden in den Forstdienststellen Nordhalben und Rothenkirchen in den letzten fünf Jahren erwirtschaftet (aufgeteilt nach Jahren und Forstdienststellen), wie groß sind die Reviere der Forstdienststelle Nordhalben, die sich nicht im Landkreis Kronach befinden (aufgeteilt nach Hektar und Gebietskörperschaften) und wie viel Festmeter Käferholz waren im letzten Jahr aus den Revieren der Forstdienststellen Nordhalben und Rothenkirchen zu beklagen (falls möglich bitte aufgegliedert nach Forstdienststellen und Reviere)?

Hubert Aiwanger
(FREIE WÄHLER)

Nachdem das für Eltern kostenfreie letzte Kindergartenjahr bei Eltern und Kommunen große Akzeptanz erfährt, frage ich die Staatsregierung, welche Pläne sie zur weiteren Kostenfreistellung des Vorschulbereiches (Kindergarten bzw. Kinderkrippe) konkret verfolgt, ob sie trotz Qualitätsverbesserung in der Betreuung auch eine weitere Kostenfreistellung der Eltern bei weiteren Kindergartenjahren für finanzierbar hält und ob sie eine weitere Kostenfreistellung neben einer ausreichenden Zahl an Betreuungsplätzen nicht auch für ein wichtiges familienpolitisches Signal hält?

Inge Aures
(SPD)

Ich frage die Staatsregierung, wie hoch ist das jeweilige Fahrgastaufkommen an den bis heute nicht barrierefrei ausgebauten Bahnhöfen in Oberfranken, wie wird der bauliche Zustand der jeweiligen Bahnhöfe bewertet und welche Instandhaltungsmaßnahmen werden jeweils als notwendig erachtet?

Prof. (Univ. Lima) Dr. Peter Bauer
(FREIE WÄHLER)

Ich frage die Staatsregierung, wie beurteilt sie die in letzter Zeit immer wieder in der Öffentlichkeit geäußerte Forderung „ohne Impfschutz kein Kita-Besuch“, wie steht die Staatsregierung zu einer Impfpflicht (Impfungen nach den Empfehlungen des Robert Koch-Instituts) für alle Kinder bis 14 Jahre und wie schätzt sie bei weiter sinkender Impfquote das Risiko von Massenerkrankungen von Kindern (insbesondere Masern) ein?

Susann Biedefeld
(SPD)

Ich frage die Staatsregierung, warum müssen Einrichtungen (Vereine, Wohlfahrtsverbände, Verbände, Körperschaften des öffentlichen Rechts wie das Bayerische Rote Kreuz etc.), in denen nahezu

ausschließlich ehrenamtliches Engagement geleistet wird, trotz klarer, anerkannter Gemeinwohlfunktion bzw. Ehrenamt mindestens ein Drittel des Rundfunkbeitrages pro Betriebsstätte (z.B. Sportheim, Feuerwehrhaus etc.) bezahlen, sieht die Staatsregierung hier einen Weg, zeitnah Vereine und Verbände bzw. das Ehrenamt finanziell zu entlasten und was tut sie jetzt bereits konkret zur finanziellen Entlastung des Ehrenamts (Vereine, Verbände etc.)?

Florian von Brunn
(SPD)

Ich frage die Staatsregierung, im Zusammenhang mit dem Listeriose-Ausbruch seit 2012 in Süddeutschland bzw. der Firma Sieber in Geretsried, warum nach ihren Erkenntnissen bisher keine Ermittlungen gegen das oder die Labore eingeleitet wurden, die Listerien-positive Proben aus Eigenkontrollen der Firma Sieber entgegen den Bestimmungen in §44 des Lebensmittel- und Futtermittelgesetzbuchs (LFGB) nicht an die zuständigen Behörden gemeldet haben, wann genau die zuständigen Staatsminister bzw. Staatsministerinnen für Verbraucherschutz bzw. Gesundheit seit Bekanntwerden des o.g. Listeriose-Ausbruchs von 2012 bis einschließlich 20. Mai 2016 jeweils persönlich über diesen Ausbruch und seine Folgen informiert wurden (bitte mit Datum und Inhalt der Unterrichtung) und warum es vom 24. März 2016 bis zum 18. Mai 2016 gedauert hat, um eine Übereinstimmung des Listerientyps aus dem im März 2016 positiv beprobten Wacholderwammerl der Firma Sieber und dem Listerientyp des Ausbruchs seit 2012 in Süddeutschland festzustellen?

Kerstin Celina
(GRU)

Nachdem gemäß § 10 Abs. 2 Nr. 4 des Sozialgesetzbuchs (SGB) Fünftes Buch (V) behinderte und somit auch blinde Menschen in die Familienversicherung auch nach Vollendung des 25. Lebensjahres aufgenommen werden können, wenn sie außerstande sind, sich selbst zu unterhalten sowie die Voraussetzung vorliegt, dass die Blindheit bereits zu einem Zeitpunkt vorlag, zu dem diese Person als Kind gemäß § 10 Abs. 2 Nr. 1, 2 oder 3 SGB V familienversichert war, frage ich die Staatsregierung, nach welchen Kriterien sie blinde Personen im Sinne des § 10 Abs. 2 Nr. 4 SGB V als außerstande beurteilt, sich selbst zu unterhalten, inwieweit es bezüglich der Frage, ab welchem Zeitpunkt Personen in diesem Sinne außerstande sind, sich selbst zu unterhalten, ausschlaggebend ist, ob diese Personen als erwerbsgemindert gelten und inwieweit die Rechtsprechung des Bundessozialgerichts in den oben aufgeführten Fragen bei der Bewertung der Staatsregierung eine Rolle spielt (bitte ggf. die einschlägigen Urteile nennen)?

Ilona Deckwerth
(SPD)

Ich frage die Staatsregierung, wie hoch ist das jeweilige Fahrgastaufkommen an den bis heute nicht barrierefrei ausgebauten Bahnhöfen in Schwaben, wie wird der bauliche Zustand der jeweiligen Bahnhöfe bewertet und welche Instandhaltungsmaßnahmen werden jeweils als notwendig erachtet?

Dr. Hans Jürgen Fahn
(FREIE WÄHLER)

Nachdem der Staatssekretär des Innern, für Bau und Verkehr, Gerhard Eck, der Bürgerinitiative „Lebenswertes Sulzbach“ in seinem Schreiben vom 13. Oktober 2016 mitgeteilt hat, dass die Planungsziele der einzelnen Varianten einer Ortsumgebung Sulz-

bach am Main bisher nur beispielhaft aufgezeigt wurden, im Rahmen der jetzigen Ausnahmeprüfung jedoch eine Prüfung erfolgen muss, ob der Zweck des Vorhabens an anderer Stelle ohne oder mit geringeren Beeinträchtigungen erreicht werden könnte, frage ich die Staatsregierung, ob die Projektziele der einzelnen Trassenvarianten inzwischen schon definiert wurden bzw. in welchem Planungsstadium dies abschließend – wie Staatssekretär Gerhard Eck schreibt – „im Dialog mit den Bürgern und Kommunen“ erfolgen wird und welche Kommunen (bitte einzeln nennen) hierbei mit eingebunden werden?

Günther Felbinger
(FREIE WÄHLER)

Ich frage die Staatsregierung, wieso war am 26. Mai 2017 nach der Absetzung eines Notrufes wegen eines gestürzten und bewusstlosen Fahrradfahrers mittels der Notrufnummer 112 um 13:37 Uhr aus Hofstetten (Main-Spessart), Fährplatz, an die Integrierte Leitstelle Würzburg ohne Angabe der genauen Straßenbezeichnung (weil diese am Unfallort für Ortsunkundige nicht ersichtlich war) erst nach 25 bis 30 Minuten ein Rettungswagen am Unfallort, obwohl die nächsten Rettungswachen (Lohr und Gemünden) maximal 7 bis 10 Minuten entfernt sind, wieso wurde in diesem Fall die Bewusstlosigkeit des Unfallopfers nicht als Notarztindikation ausgelegt, obwohl sie von einem ausgebildeten Rettungssanitäter gemeldet wurde, und warum kann ein Rettungswagen nicht sofort bei Absetzen eines Notrufes ohne genaue Straßenangabe, aber für die Region allgemein bekannte Ortsangabe (Fähranlegestelle Hofstetten) sofort benachrichtigt und losgeschickt werden, ohne dass minutenlange Diskussionen zwischen dem den Notruf Aufnehmenden und dem den Notruf Ansetzenden die Rettungszeit unnötig verlängern?

Karl Freller
(CSU)

Ich frage die Staatsregierung, wie ist die Epilepsieaufklärung in der zweiten Phase der Lehrerbildung – 20 Jahre nach dem Beschluss des Landtags, die Epilepsieaufklärung an Schulen sicherzustellen – konkret verankert worden, welche Angebote gibt es zur Thematik Epilepsie an der Akademie für Lehrerfortbildung und Personalführung Dillingen und wie wird Epilepsiefortbildung von Beratungslehrkräften, Schuljugendberaterinnen bzw. -beratern und Schulpsychologinnen bzw. -psychologen sichergestellt?

Ulrike Gote
(GRU)

Ich frage die Staatsregierung, welche regionalen Gründer- bzw. Innovationszentren (bitte auflisten mit Angabe der jeweiligen Rechtsform) hat der Freistaat Bayern in den vergangenen zehn Jahren gefördert, wie viele finanziellen Mittel sind in diese Förderung geflossen (bitte nach Haushaltsjahren auflisten) und wie hoch war jeweils der von den beteiligten Kommunen zu tragende finanzielle Anteil?

Eva Gottstein
(FREIE WÄHLER)

Ich frage die Staatsregierung, bis wann wird die Bearbeitung der im Rahmen des Planfeststellungsverfahrens zum Umbau des Knotenpunktes Staatsstraße 2335/Kreisstraße EI 43 (siehe meine Anfrage zum Plenum vom 20. Februar 2017, Drs. 17/15678) eingegangenen Einwendungen abgeschlossen sein und bis wann ist mit einem Abschluss des Planfeststellungsverfahrens zu rechnen?

Martin Güll
(SPD)

Ich frage die Staatsregierung, warum gibt es beim versprochenen Ersatzbau für die Asylbewerberunterkunft in der Kufsteiner Straße in Dachau keine Fortschritte, obwohl einerseits der Grundstückbesitzer die alten Baracken vereinbarungsgemäß entfernt und den von der Regierung von Oberbayern und der Immobilien Freistaat Bayern angebotenen Pachtvertrag vollumfänglich akzeptiert hat, andererseits die Stadt Dachau das notwendige Baurecht beschlossen hat, und wann wird dem Grundeigentümer endlich ein unterschriftsreifer Vertrag vorgelegt?

Volkmar Halbleib
(SPD)

Ich frage die Staatsregierung, wie hoch ist das jeweilige Fahrgastaufkommen an den bis heute nicht barrierefrei ausgebauten Bahnhöfen in Unterfranken, wie wird der bauliche Zustand der jeweiligen Bahnhöfe bewertet, und welche Instandhaltungsmaßnahmen werden jeweils als notwendig erachtet?

Ludwig Hartmann
(GRU)

Ich frage die Staatsregierung, welche grundsätzlichen technischen Möglichkeiten gibt es, um einen Siedewasserreaktor, wie etwa Block B oder C im Kernkraftwerk Gundremmingen, mit einer höheren Leistung als der genehmigten elektrischen Nettoleistung von 1.284 bzw. 1.288 Megawatt (MW) bzw. der genehmigten thermischen Leistung von 3.840 MW zu betreiben, in welchem Umfang kann dabei die Leistung gesteigert werden und welche davon wurden in der Vergangenheit genutzt?

Dr. Leopold Herz
(FREIE WÄHLER)

Ich frage die Staatsregierung, wie viele Asylbewerberinnen und -bewerber sind in den Jahren 2015, 2016 und bisher in 2017 nach Bayern gekommen (bitte aufgegliedert nach Bayern, Schwaben und den Landkreisen Ober-, Unter-, Ostallgäu und Landkreis Lindau), wie viele Anträge davon sind – soweit bekannt – noch nicht entschieden und wie viele Asylanträge wurden – soweit bekannt – abgelehnt?

Erwin Huber
(CSU)

Nachdem in der Öffentlichkeit der Vorschlag gemacht worden ist, die Isarauen von Freising bis zur Isarmündung in die Donau zum Nationalpark zu erklären, frage ich die Staatsregierung, wie sie diesen Vorschlag beurteilt und ob sie ihn aufgreift?

Christine Kamm
(GRU)

Ich frage die Staatsregierung, ob Leistungsexkursionen bei den beiden Atomreaktoren Gundremmingen B und C über die genehmigte elektrische Nettoleistung von 1.284 bzw. 1.288 Megawatt (MW) hinaus in den vergangenen Monaten und Jahren bekannt sind, wenn ja, wann sind diese aufgetreten und durch was wurden diese veranlasst?

Annette Karl
(SPD)

Ich frage die Staatsregierung, aufgrund welcher EU-Regelung eine Sperrung des Grenzübergangs Waldsassen Svatý Kríž/Heiligenkreuz für Fahrzeuge über 3,5 t nicht möglich ist, obwohl z. B. an den Grenzübergängen Bärnau (Staatsstraße 2173) und Waidhaus (St 2154) Gewichtsbeschränkungen möglich sind, ob die Staatsregierung weiterhin der Meinung ist, dass ein Umweg von 17 km über die Strecke Bundesstraße 303/Autobahn 93 Arzberg – Marktredwitz für LKW zu lang ist (siehe hierzu Schriftliche Anfrage betreffend „Sperrung Schwerlastverkehr Waldsassen“,

Drs. 16/17014) oder alternativ dazu Maßnahmen wie eine zeitlich befristete Sperrung der Durchfahrt zur Abend- und Nachtzeit und Geschwindigkeitsreduzierung auf 30 km/h für LKW umsetzbar wären?

Dr. Herbert Kränzlein
(SPD)

Da in der „Staatszeitung“ vom 12. Mai 2017 auf Seite 1 unter der Überschrift „Länderfinanzausgleich kommt Kommunen teuer“ zu lesen ist, dass für die Kommunen zur Sanierung maroder Schulen seitens des Bundes in einem „einmaligen Investitionstopf (...) 3,5 Milliarden Euro“ (Anmerkung des Fragestellers: gemeint ist offensichtlich das Kommunalinvestitionsförderungsgesetz, dessen Volumen aktuell verdoppelt wurde) zur Verfügung gestellt werden und dass nach „dem alten Verteilungsschlüssel ... die Städte und Gemeinden im Freistaat 540 Millionen Euro bekommen“ hätten, und es künftig lediglich 290 Millionen Euro seien“, frage ich die Staatsregierung, welche Kriterien galten beim alten bzw. gelten beim neuen Verteilungsschlüssel, wie kommt es dadurch zu den Einbußen für die bayerischen Kommunen und warum hat die Staatsregierung dem zugestimmt?

Nikolaus Kraus
(FREIE WÄHLER)

Ich frage die Staatsregierung, in wie vielen Wasserschutzgebieten in Bayern ist die Beweidung in Zone 2 verboten, seit wann ist die Beweidung dort verboten (einzelne Gebiete bitte aufzählen) und wurden bei der Einführung des Verbots die Bodenstruktur und Grundwassertiefe berücksichtigt?

Ulrich Leiner
(GRU)

Nachdem Bürgerinnen und Bürger sowie Institutionen immer wieder mitteilen, dass es zu wenig Kurzzeitpflegeplätze gibt, frage ich die Staatsregierung, wie viele Kurzzeitpflegeplätze gibt es in Bayern insgesamt, in welchen Regionen gibt es Probleme, Kurzzeitpflegplätze kurzfristig zu erhalten und was gedenkt die Staatsregierung dagegen zu tun?

Andreas Lotte
(SPD)

Ich frage die Staatsregierung, besteht für die kirchlichen Wohlfahrtsverbände die Möglichkeit, Fördermittel aus der 2. Säule des Wohnungspakts Bayern, der Kommunalen Wohnraumförderung, für den Bau von bezahlbarem Wohnraum zu erhalten, können sie auch – wie in den „Richtlinien für das kommunale Förderprogramm zur Schaffung von Mietwohnraum in Bayern“ festgehalten – analog den Kirchen als Kooperationspartner – durch die Bereitstellung von Grundstücken in Erbpacht an die Gemeinden oder durch die Einbindung kirchlicher Wohnungsunternehmen zur Durchführung und Abwicklung der Baumaßnahmen beteiligt werden und – falls dem nicht so ist – welche diesbezüglichen Fördermöglichkeiten sieht die Staatsregierung für die kirchlichen Wohlfahrtsverbände?

Dr. Christian Magerl
(GRU)

Ich frage die Staatsregierung, verfügt sie über Erkenntnisse, wie viele ehrenamtliche Feuerwehrkräfte in den vergangenen fünf Jahren als Folge der Ausübung ihres Dienstes in zivil- oder strafrechtlichen Verfahren vor Gericht standen, welche Unterstützungsangebote in diesem Fall von den Feuerwehrleuten in Anspruch genommen werden können und inwiefern hierzu Unterschiede zu den hauptamtlichen Kräften bestehen?

Peter Meyer
(FREIE WÄHLER)

Ich frage die Staatsregierung, wie sehen die weiteren Planungen in Bezug auf den bislang nur an den Amtsgerichten Regensburg und Straubing eingerichteten „Bürgerservice Justiz“ hinsichtlich einer etwaigen Eröffnung weiterer Servicestellen, einer möglichen Erweiterung des Leistungskatalogs der Servicestellen und einer möglichen Einbeziehung von Landgerichten bzw. Staatsanwaltschaften (vgl. Justiz-Servicecenter in Österreich) konkret aus?

Jürgen Mistol
(GRU)

Nachdem die Feststellung getroffen wurde, dass die Durchfallquote der Heilpraktikerinnen und Heilpraktiker in Bayern beim Ablegen ihrer Prüfung in den jeweiligen Gesundheitsämtern stark differiert, frage ich die Staatsregierung, wie hoch ist die Durchfallquote beim Ablegen der Heilpraktikerprüfung in Bayern insgesamt, wie hoch ist sie in den jeweiligen Gesundheitsämtern (Landkreisen) und worin werden die Ursachen für diese Abweichungen gesehen?

Ruth Müller
(SPD)

Ich frage die Staatsregierung, wie viele Fälle von Hungerstreik mit suizidaler Absicht gab es in den letzten fünf Jahren in den einzelnen bayerischen Justizvollzugsanstalten, ab wann und mit welcher rechtlicher Grundlage wurden in diesen Fällen Maßnahmen zur Zwangsernährung angeordnet und durchgeführt?

Thomas Mütze
(GRU)

Ich frage die Staatsregierung, sieht sie rechtliche Bedenken bezüglich eines Bürgerentscheides in Landkreisen zu einer Konstituierung eines Nationalparks und wie schätzt sie Bürgerumfragen zur Nationalparkfrage ein, ohne dass die Staatsregierung bisher alle Informationen dazu vorgelegt hat?

Verena Osgyan
(GRU)

Ich frage die Staatsregierung, wie schätzt sie die Manipulierbarkeit von Umfragen bei Onlinemedien, die Verwendung solcher nicht repräsentativer Umfragen in der journalistischen Berichterstattung sowie ihren möglichen Einfluss auf die Ergebnisse von Wahlen und Bürger- bzw. Volksbegehren ein?

Kathi Petersen
(SPD)

Vor dem Hintergrund des Lehrkräftemangels an beruflichen Schulen frage ich die Staatsregierung, ob es den Tatsachen entspricht, dass das Staatsministerium für Bildung und Kultus, Wissenschaft und Kunst (StMBW) deren Schulleitungen angewiesen hat, fehlendes Lehrpersonal nicht länger durch Mehrarbeit von anderen Lehrkräften, sondern durch Klassenzusammenlegungen zu kompensieren und gegebenenfalls den Ausfall von Pflichtunterricht in Kauf zu nehmen, und welche anderen Maßnahmen das StMBW den beruflichen Schulen zur Bekämpfung von Unterrichtsausfall an die Hand gibt?

Hans-Ulrich Pfaffmann
(SPD)

Ich frage die Staatsregierung, wie hoch ist das jeweilige Fahrgastaufkommen an den bis heute nicht barrierefrei ausgebauten Bahnhöfen in Niederbayern, wie wird der bauliche Zustand der jeweiligen Bahnhöfe bewertet, und welche Instandhaltungsmaßnahmen werden jeweils als notwendig erachtet?

Doris Rauscher
(SPD)

Ich frage die Staatsregierung, wo genau sollen die CURA-Standorte (CURA = Coaching von Familien zur Bekämpfung

urbaner Arbeitslosigkeit) in Bayern entstehen, welche konkreten Maßnahmen sollen künftig im Rahmen des CURA-Projekts für Langzeitarbeitslose und ihre Familien umgesetzt werden, und wie hat sich die Jugendarbeitslosigkeit der unter 25-Jährigen in den letzten fünf Jahren entwickelt (bitte aufgeschlüsselt nach Ausbildungsabsolventen, Hochschulabsolventen und Jugendlichen ohne Abschluss)?

Markus Rinderspacher
(SPD)

Ich frage die Staatsregierung, wie hoch ist das jeweilige Fahrgastaufkommen an den bis heute nicht barrierefrei ausgebauten Bahnhöfen in Oberbayern, wie wird der bauliche Zustand der jeweiligen Bahnhöfe bewertet und welche Instandhaltungsmaßnahmen werden jeweils als notwendig erachtet?

Florian Ritter
(SPD)

Ich frage die Staatsregierung, bei welchen Vorgängen ist die Vorlage eines Staatsangehörigkeitsausweises (sogenannter Gelber Schein) zwingend notwendig, ohne dass Dokumente wie Reisepass, Personalausweis, Geburtsurkunde, Einbürgerungsurkunde etc. den gleichen Zweck erfüllen, bei welchen Vorgängen kann die sachbearbeitende Behörde selbst entscheiden, ob eine Vorlage des Staatsangehörigkeitsausweises erforderlich ist, und bei welchen Vorgängen, wird/kann der Staatsangehörigkeitsausweis ohne explizite Beantragung ausgestellt (werden)?

Bernhard Roos
(SPD)

Nachdem bei der 71. Jahreshauptversammlung des Landesverbandes Bayerischer Taxi - und Mietwagenunternehmen e.V. kritisiert wurde, dass das Staatsministerium des Innern, für Bau und Verkehr mit Schreiben vom 24. April 2017 die Führerscheinbehörden angewiesen hat, ab sofort bei gewerblichen Mietwagenunternehmen und deren Fahrpersonal keine Ortskundeprüfung mehr zu verlangen, selbst in Kommunen mit über 50.000 Einwohnern, also auch der Landeshauptstadt München nicht, frage ich die Staatsregierung, aufgrund welcher Gesetzesänderung dieses Schreiben erfolgte, zu welchen Gunsten und zu welchen Lasten die Neuregelung wirkt?

Georg Rosenthal
(SPD)

Nachdem laut diverser Mitteilungen an die Öffentlichkeit in den Jahren 2014 bis 2017 seitens der Staatsregierung für die Generalsanierung der Festung Marienberg 100 Mio. Euro zur Verfügung gestellt wurden, frage ich die Staatsregierung, wie sich diese Mittel in dem aktuellen Doppelhaushalt und der mittelfristigen Finanzplanung abbilden bzw. in Form von Verpflichtungsermächtigungen bereits gebunden sind (bitte die entsprechenden belastbaren Beschlüsse beifügen)?

Harry Scheuenstuhl
(SPD)

Ich frage die Staatsregierung, an welchen Schulstandorten in Bayern ein Gemeinsamer Elternbeirat (GEB) sowohl mit vier oder weniger Volksschulen als auch mit mehr als vier Volksschulen im Schuljahr 2016/2017 gebildet wurde (aufgelistet nach Regierungsbezirken, Landkreisen und kreisfreien Städten mit Angabe der/des jeweiligen Vorsitzenden) und ob es eine klare Regelung gibt, wie die jeweiligen GEB mit den einzelnen Elternbeiräten bzw. Klassenelternsprechern in Papierform oder elektronisch kommunizieren können bzw. wer ggf. diese Kommunikation einschränken darf?

Gabi Schmidt
(FREIE WÄHLER)

Ich frage die Staatsregierung, wie viele Lehrkräfte werden in Mittelfranken zum Schuljahr 2017/2018 neu eingestellt (bitte je Schulart und Landkreis bzw. kreisfreie Stadt), wie viele neue Kräfte werden in der Schulverwaltung (Regierungen, Schulämter etc.) zum Schuljahr 2017/2018 eingestellt und wie hat sich das Personalverhältnis Lehrkräfte/Schulverwaltungskräfte im Vergleich zu 2005 entwickelt (je Regierungsbezirk)?

Helga Schmitt-Bussinger
(SPD)

Da die Errichtung eines Flugpioniermuseums in Leutershausen zum einen der längst überfälligen Würdigung des Flugpioniers Gustav Weißkopf und zum anderen der touristischen Belebung Westmittelfrankens dient und der Bau und langfristige Betrieb des Museums deshalb gewährleistet werden müssen, frage ich die Staatsregierung, wie die Kosten für 10,5 Mio. Euro für den Bau zwischen EU, Bund, Land, Stadt Leutershausen und sonstigen Geldgebern aufgeteilt werden und wie der Freistaat Bayern Betrieb und Ausstattung durch wissenschaftliches Personal unterstützt?

Katharina Schulze
(GRU)

Ich frage die Staatsregierung, wie viele der gewaltbereiten Salafisten in Bayern haben die letzten drei Jahre versucht, Deutschland zu verlassen, um in Kriegsgebiete (Syrien, Irak, Libyen etc.) auszureisen, wie viele von ihnen konnten von den Behörden an der Ausreise gehindert werden und welche Nationalität haben diese Personen?

Gisela Sengl
(GRU)

Ich frage die Staatsregierung, welche Nutzen-Kosten-Verhältnisse (NKV) weisen die vier Teilprojekte des Gesamtprojektes „A 8 AK München-S – Bgr. D/A (A008-G010-BY)“ auf, warum werden diese nicht veröffentlicht, warum werden die Teilprojekte im Projektinformationssystem (PRINS) zum Bundesverkehrswegeplan 2030 als wirtschaftlich eingestuft, ohne dass der Nutzen der Teilprojekte nachvollzogen werden kann?

Kathrin Sonnenholzner
(SPD)

Ich frage die Staatsregierung, wann und in welcher Form ist geplant, die wissenschaftlichen Berichte bzw. Erhebungen, die dem Vierten Bericht der Staatsregierung zur sozialen Lage in Bayern als Quellen zugrunde liegen, der Öffentlichkeit als Material zur Verfügung zu stellen?

Claudia Stamm

Ich frage die Staatsregierung, wie viele Menschen wurden nach ihrer Kenntnis mit dem Flieger vom Münchner Flughafen am Mittwoch, den 31. Mai 2017 nach Afghanistan abgeschoben (Anzahl je nach Bundesländern auflisten), wie viele der bislang per Sammelabschiebung Abgeschobenen waren sogenannte Straftäter bzw. sogenannte Gefährder (je genaue Straftaten auflisten) und wie viele der bislang per Sammelabschiebung waren in Ausbildung bzw. hatten einen Arbeitsplatz?

Rosi Steinberger
(GRU)

Ich frage die Staatsregierung, trifft es zu, dass das Staatsministerium für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten eine Stellungnahme zur geplanten Ortsumfahrung Haindling-Süd der Stadt Geiselhöring, Lkr. Straubing-Bogen abgegeben hat, und wenn ja, wie lautet die Stellungnahme?

Florian Streibl
(FREIE WÄHLER)

Ich frage die Staatsregierung, zu welchem Ergebnis kamen bislang ihre Verhandlungen (bitte Zeitpunkt der entsprechenden Verhandlungen sowie alle Teilnehmerinnen bzw. Teilnehmer nennen) mit den Verantwortlichen des Richard-Strauss-Festivals in Garmisch-Partenkirchen hinsichtlich der künftigen Förderung des Festivals (bitte die zu erwartende Höhe sowie die inhaltlichen Ziele der künftigen Förderung angeben)?

Reinhold Strobl
(SPD)

Ich frage die Staatsregierung, wie hoch waren bzw. wie entwickelten sich, die jährlichen Beitragszahlungen der Gemeinden der Landkreise Amberg-Sulzbach und Neumarkt und der Stadt Amberg in den Altdeponienunterstützungsfonds (bitte für die letzten fünf Jahre und gesplittet nach Gemeinden und Jahren angeben)?

Dr. Simone Strohmayr
(SPD)

Ich frage die Staatsregierung, wie viele Schülerinnen und Schüler haben sich für die 5. Klassen im Schuljahr 2016/2017 und für das Schuljahr 2017/2018 an den Gymnasien und Realschulen in Bayern angemeldet (bitte für Bayern, für die Regierungsbezirke und für die Landkreise und kreisfreien Städte in absoluten Zahlen und in Prozent angeben), wie viele Schülerinnen und Schüler in 2016 und 2017 haben am Probeunterricht an Realschulen und Gymnasien in Bayern teilgenommen (bitte für Bayern, für die Regierungsbezirke und für die Landkreise und kreisfreien Städte in absoluten Zahlen und in Prozent angeben) und wie viele davon haben den Probeunterricht erfolgreich absolviert (bitte für Bayern, für die Regierungsbezirke und für die Landkreise und kreisfreien Städte in absoluten Zahlen und in Prozent angeben)?

Martin Stümpfig
(GRU)

Im Zusammenhang mit offiziellen Veröffentlichungen, wonach sowohl im Februar als auch im April 2017 jeweils ein Block des Atomkraftwerks Gundremmingen über mehrere Stunden mit einer höheren Leistung als erlaubt betrieben wurde, frage ich die Staatsregierung, warum es dazu keine Meldung eines meldepflichtigen Ereignisses gab oder ob dieser Betrieb über die genehmigten Werte hinaus von der Staatsregierung im Vorfeld genehmigt wurde und wenn ja, mit welcher Begründung?

Angelika Weikert
(SPD)

Ich frage die Staatsregierung, wie hoch ist das jeweilige Fahrgastaufkommen an den bis heute nicht barrierefrei ausgebauten Bahnhöfen in Mittelfranken, wie wird der bauliche Zustand der jeweiligen Bahnhöfe bewertet und welche Instandhaltungsmaßnahmen werden jeweils als notwendig erachtet?

Dr. Paul Wengert
(SPD)

Nachdem es seit September 2016 das „Sorgentelefon Ehrenamt“ gibt, frage ich die Staatsregierung, wie viele Bürgerinnen und Bürger das Sorgentelefon bereits genutzt haben und wie viele Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in welchem Stundenumfang den Anrufern zur Verfügung stehen?

Johanna Werner-Muggendorfer
(SPD)

Ich frage die Staatsregierung, wann bei Kontrollen am Produktionsstandort der Firma Sieber in Geretsried und Probenahmen bei Sieber-Produkten schon vor 2012 Listerien (genauer: *Listeria monocytogenes*) nachgewiesen wurden, bei welchen amtlichen Probenahmen am Standort in Geretsried oder bei Sieber-Produkten

von 2012 bis zum 24. März 2016 Listerien (*Listeria monocytogenes*) unter dem Grenzwert von 100 KbE/g (KbE = koloniebildende Einheit), aber über der Nachweisgrenze von 10 KbE/g, nachgewiesen wurden (bitte unter Angabe von Art der Probe, Anzahl der KbE/g und Datum der Probenahme), und bei welchen Probenahmen von 2012 bis zum 24. März 2016 Listerien anderer Art, also nicht *Listeria monocytogenes*, nachgewiesen wurden?

Jutta Widmann
(FREIE WÄHLER)

Ich frage die Staatsregierung, inwieweit ist es rechtlich und datenschutzrechtlich möglich, Sitzungs- und Ergebnisprotokolle von öffentlichen Sitzungen (Stadtrat, Gemeinderat, Kreistag etc.) im Internet zu veröffentlichen und darf diese Veröffentlichung nur über das entsprechende Organ oder auch über Dritte (Fraktionen, einzelne Mitglieder etc.) erfolgen?

Margit Wild
(SPD)

Ich frage die Staatsregierung, wie hoch ist das jeweilige Fahrgastaufkommen an den bis heute nicht barrierefrei ausgebauten Bahnhöfen in der Oberpfalz, wie wird der bauliche Zustand der jeweiligen Bahnhöfe bewertet und welche Instandhaltungsmaßnahmen werden jeweils als notwendig erachtet?

Herbert Woerlein
(SPD)

Aufgrund der einschlägigen Medienberichte über eine Beteiligung des Freistaats Bayern an der inzwischen insolventen Firma Sieber in Geretsried frage ich die Staatsregierung, warum genau die Staatsregierung an Sieber beteiligt ist bzw. war, um welche Art der Beteiligung es sich dabei handelt und wo diese Beteiligung dokumentiert ist (etwa in Haushaltsplänen oder dem Beteiligungsbericht des Freistaates Bayern)?

Isabell Zacharias
(SPD)

Nachdem die Bundeskommission des Tarifvertrags für den öffentlichen Dienst (TVöD) im Dezember 2016 zum 1. Januar 2017 geltende neue Bestimmungen für die Eingruppierung von Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern formuliert hat, die Einstellung bzw. Eingruppierung von Hochschulabsolventen vom Vorliegen der Akkreditierung eines Studiengangs abhängig gemacht werden und angesichts der Tatsache, dass das bayerische Hochschulrecht die nachlaufende Akkreditierung von Studiengängen innerhalb eines Fünf-Jahres-Zeitraumes vorsieht, in neuen Studiengängen es aber die Regel ist, dass die ersten Absolventinnen und Absolventen einen Arbeitsplatz suchen, bevor die Akkreditierung abgeschlossen wurde, frage ich die Staatsregierung, wie sie diese Problematik einschätzt und wie viele Absolventinnen und Absolventen bayernweit davon betroffen sind?